

zeigt eine ambivalente Herangehensweise an den Integrationsprozess, indem sie einerseits die Europäisierung feiert, andererseits die bisherigen national determinierten Machtverhältnisse und Strukturen unberührt lassen möchte. Es ist das Verdienst von beiden hier besprochenen Büchern, uns diese Widersprüchlichkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung aufzuzeigen. Während sich Rüb eher an ein wissenschaftlich versiertes und interessiertes Publikum wendet, möchten Scholz et al. einen politischen Standpunkt verdeutlichen und innerhalb der Gewerkschaften einen Europadiskurs anstoßen. Verstärkt sollten die Möglichkeiten einer offensiven europapolitischen Strategie der Gewerkschaften diskutiert werden – nicht nur in Deutschland, sondern in allen Mitgliedstaaten der Union. Viel umfassender als bislang muss das soziale Europa in diesem Kontext konkretisiert und als übergeordnetes Ziel in der Strategie der Gewerkschaften sowie bei den Funktionären und Mitgliedern verankert werden. Hier zeigt sich ein spannendes Diskurs- und Forschungsfeld, das an Relevanz gewinnen wird, solange die EU eine Asymmetrie zwischen ökonomischer und sozialer Integration aufweist.

*Björn Hacker,  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin*

## **SEBASTIAN DULLIEN / HANSJÖRG HERR / CHRISTIAN KELLERMANN:**

### **Der gute Kapitalismus**

#### **... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste**

Bielefeld 2009

Transcript, 242 S.

**B**ücher über die internationale Finanzkrise füllen inzwischen ganze Regale. Es fällt Wirtschaftsjournalisten und Ökonomen erkennbar schwer, das Jahrhundertereignis unkommentiert zu lassen. Nicht immer tragen die Verlautbarungen indes zur Aufklärung bei – und wenn sich schon Händler an der Frankfurter Börse berufen fühlen, über Wirtschaftspolitik zu schreiben, liegt der Verdacht nahe, dass sich am Markt für Krisenliteratur eine Blase herausbildet.

Sebastian Dullien, Hansjörg Herr und Christian Kellermann haben nun ein weiteres Buch zur Krise vorgelegt. Es hebt sich in vielerlei Hinsicht positiv von der Masse ab. Während die meisten Autoren klare Schlussfolgerungen meiden, werden Dullien, Herr und Kellermann an den entscheidenden Stellen konkret. Ihre Analyse ist klar, durch empirische Daten gestützt und nachvollziehbar – und fördert immer wieder überraschende Einsichten zu Tage. Das Buch ist eine Pflichtlektüre für alle, die die tieferen Ursachen der Misere verstehen wollen und auf der Suche nach Alternativen zur Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre sind.

Zentrale These der Autoren ist, dass der Ursprung der Finanzkrise nicht nur in der laxen Regulierung der Finanzmärkte, sondern in falschen – aber im Prinzip

reversiblen – politischen Weichenstellungen der vergangenen 40 Jahre zu suchen ist. Diese Krise ist also keine Krise der Marktwirtschaft an sich, sondern die Krise einer pervertierten Form der Marktwirtschaft. An die Stelle des instabilen und nur einer superreichen Elite nützenden Kasinokapitalismus soll ein stabiler Kapitalismus treten, der den Wohlstand der breiten Massen mehrt: der gute Kapitalismus.

Es hat diesen Kapitalismus schon einmal gegeben. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg war die Wirtschaft in den Industriestaaten von einem starken Sozialstaat und strengen Regeln für die Finanzmärkte geprägt. Auch die USA waren letztlich eine Mittelklassegesellschaft, in der absolute Armut und extremer Reichtum nur vereinzelt auftraten. Dieses Modell bescherte der Weltwirtschaft eine lange Phase des Wachstums und »eine ganze Reihe von Wirtschaftswundern«.

Seit den unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher eingeleiteten angebotspolitischen Reformen ist der Staat jedoch auf dem Rückzug – mit verheerenden Folgen, wie die Autoren meinen. Sie zeigen, wie die Schwächung der Gewerkschaften und die angebotsorientierten Reformen in der Steuer- und Sozialpolitik zu einem Anstieg der sozialen Ungleichheit geführt haben. Das sei nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen problematisch, sondern habe die Entstehung makroökonomischer Ungleichgewichte befördert. In den USA nahmen die verfügbaren Einkommen gerade bei jener Einkommensschicht nur gering zu, die einen Großteil ihres Lohns für den Konsum ausgibt. Infolgedessen konnte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nur auf Kredit aufrechterhalten werden. Die Notenbank Federal Reserve musste die Kreditexpansion tolerieren, da andernfalls ein Anstieg der Arbeitslosigkeit oder sogar die Deflation drohte. Zu kurz gegriffen sei deshalb die Kritik an der von Alan Greenspan betriebenen Politik des billigen Geldes.

Die konservative Revolution erreichte Deutschland verspätet, aber mit voller Wucht. In den neunziger Jahren erodierte die Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften, unter Gerhard Schröder wurde der Arbeitsmarkt liberalisiert. Ergebnis war eine »beispiellose Veränderung der Lohnstruktur«. Der Niedriglohnsektor explodierte und die Reallöhne stagnierten – ein Grund für den schwachen Konsum und die Abhängigkeit vom Export. Als ähnlich fatal habe sich die Deregulierung internationalen Kapitalverkehrs nach dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods erwiesen. Um sich vor den Ausschlägen der globalen Kapitalströme abzusichern, häuften Länder wie China durch eine gezielte Förderung des Exports Leistungsbilanzüberschüsse an. Diese Überschüsse wurden in amerikanischen Wertpapieren angelegt und befeuerten damit dort die Übertreibung. »Ein stabileres Weltfinanzsystem hätte diese Strategie überflüssig gemacht.«

Die neoliberale Wende, so die Autoren, wurde zwar durch die krisenhaften Ereignisse der 1970er Jahre – zum Beispiel den Ölpreisschock – begünstigt. Sie war aber nicht ökonomisch zwangsläufig, sondern im Kern Ergebnis politischer Entscheidungen. »Das goldene kapitalistische Zeitalter zerbrach, weil die dama-

ligen linken Bewegungen nicht in der Lage waren, hergebrachte Institutionen so zu reformieren, dass sie mit wirtschaftlicher Stabilität vereinbar waren.« Daraus folgt, dass es möglich ist, das System auch wieder zu verändern. Das Buch von Dullien, Herr und Kellermann ist gewissermaßen der Versuch, das Wirtschaftsmodell der Nachkriegszeit auf das 21. Jahrhundert zu übertragen.

Sie empfehlen die Wiederherstellung einer ausgeglichenen Einkommensverteilung durch staatliche Mindestlöhne, eine stabilitätsgerechte Lohnsteigerungsrate – definiert als Summe aus Produktivitätsanstieg und Inflationsrate – und eine angemessene Umverteilung der Markteinkommen: »Die Kaufkraft, die in entwickelten Volkswirtschaften die zentrale Nachfragequelle ist, sollte auf einer relativ ausgeglichenen Einkommensverteilung beruhen und nicht auf einer Expansion von Konsumentenkrediten.« Sie wollen die Sanierung der Sozialsysteme durch die Mitgliedschaft aller Einkommensbezieher in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Sie machen sich für eine Kontrolle der Finanzmärkte durch höhere Eigenkapitalanforderungen, das Verbot von Offshore-Zentren und die Abkehr von der Zeitwertbilanzierung stark. Und sie fordern den Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung durch die Rückkehr zu stabilen Wechselkursen und Kapitalverkehrskontrollen, eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik und ein klares Regelwerk für die Anpassung bei Leistungsungleichgewichten.

Trotz ihrer sozialdemokratischen Grundüberzeugungen sind die Autoren Pragmatiker. Sie wollen kein anderes Wirtschaftssystem. Es ist gewissermaßen der Clou ihrer Argumentation, scheinbar widersprüchliche Ziele der Wirtschaftspolitik als identisch zu begreifen. So ist die Frage nicht soziale Gerechtigkeit oder Wachstum, weil nur eine gerechte Einkommensverteilung für stabiles Wachstum sorgen kann. Märkte sind dabei nicht nur ein effizienter Mechanismus für die Allokation knapper Ressourcen; sie erfüllen eine emanzipatorische Funktion: »Alle bisherigen Gesellschaften waren weitaus mehr durch direkte Über- und Unterordnungsverhältnisse zwischen Menschen geprägt als Marktgesellschaften.«

Die Stärke des Buchs ist der vorurteilsfreie Blick auf die Empirie und ein tiefes Verständnis für volkswirtschaftliche Zusammenhänge. Immer wieder räumen sie mit verbreiteten Mythen der Wirtschaftspolitik auf. So zeigen sie, warum die Umstellung von einer umlagefinanzierten auf eine kapitalgedeckte Altersvorsorge an sich die Finanzierungsprobleme einer alternden Gesellschaft nicht löst: »In einer geschlossenen Ökonomie wird die jüngere Generation immer vollständig für die ältere Generation aufkommen müssen. Denn in jeder Zeitperiode produziert eine Gesellschaft ein gewisses Sozialprodukt, das zwischen Jungen und Alten aufgeteilt werden muss.«

Vorzuwerfen ist den Autoren, etwas viel Verständnis für die Rolle Chinas aufzubringen. Die exportorientierte Politik der Regierung in Peking ist nicht nur eine Reaktion auf ein ungerechtes Weltwährungssystem – es handelt sich auch um eine knallharte Expansionsstrategie auf Kosten der Handelspartner.

Einige der Positionen dürften vor allem im linken Lager auf Skepsis stoßen. So argumentieren Dullien, Herr und Kellermann, dass ein modernes Finanzwesen über die Schöpfung von Kredit Wachstum und Wohlstand befördert. »In einer Geldwirtschaft mit funktionierendem Finanzsystem ist es nicht notwendig, dass vor Investitionen Ersparnisse gebildet werden. Investitionen schaffen vielmehr durch die angeregte Einkommensbildung eben jene Ersparnisse.« Es könne deshalb nicht darum gehen, ein minimalistisches Kreditgewerbe oder eine Welt ohne Schulden anzustreben. Auch zeigen sie, wie die Liberalisierung von Märkten für Produkte und Dienstleistungen, zum Beispiel im Telekommunikationssektor, die Innovationskraft fördern kann. Wachstumskritik wird man in dem Buch vergeblich suchen.

Derlei Tabubrüche machen allerdings den Reiz des Buches aus. Man kann »Der gute Kapitalismus« als Manifest für eine moderne sozialdemokratische Politik lesen, als ein Plädoyer dafür, die Dynamik der Marktkräfte für den Menschen nutzbar zu machen – statt sich ihnen zu unterwerfen oder sie zu ersticken.

*Mark Schieritz,  
Die Zeit, Frankfurt*

**ABRAHAM F. LOWENTHAL / THEODORE J. PICCONE /  
LAURENCE WHITEHEAD (Hrsg.):**

**The Obama Administration and the Americas. Agenda for Change**

Washington D.C. 2009

The Brookings Institution Press, 234 S.

**E**s waren versöhnliche Töne, die Präsident Obama im April 2009 in seiner Rede beim Amerikagipfel in Trinidad und Tobago anschlug: ein »Neuanfang« mit Kuba, eine »Partnerschaft auf Augenhöhe« mit der Region Lateinamerika und außerdem »shake hands« mit Chávez, dem schärfsten Kritiker der USA. Erleben wir also derzeit die ersten Anzeichen einer Wende in Washingtons Lateinamerikapolitik oder war die medial inszenierte Freundschaftsoffensive rein symbolischer Natur?

Ein Plädoyer für eine umfassende Politik des »Wandel[s] durch Annäherung« hat The Brookings Institution, einer der führenden Think Tanks der USA, mit dem Sammelband »The Obama Administration and the Americas. Agenda for Change« vorgelegt. Die Autoren zeichnen darin ein hoffnungsvolles Bild einer neuen Partnerschaft zwischen den USA und den lateinamerikanischen sowie karibischen Ländern. Die USA können noch immer einen bedeutenden Einfluss auf die Art der demokratischen Entwicklung in Lateinamerika haben – so der Tenor der Beiträge –, wenn sie geduldig sind, multilateral agieren und ihre Herangehensweise auf die Heterogenität der Region und der Probleme abstimmen.